

Medienmitteilung der SP Kanton Luzern

Die SP Kanton Luzern nimmt den Entscheid der Planungs- und Finanzkommission (PFK) des Luzerner Kantonsrates, den Voranschlag 2009 zurückzuweisen, mit Besorgnis zur Kenntnis.

Die aktuelle finanzpolitische Ausgangslage beurteilt die SP als kritisch. Die Mehrheit der PFK will das aus der Neuberechnung des NFA resultierende Defizit von rund 16 Millionen Franken durch die Überprüfung von Leistungen im Kanton Luzern einsparen. Dies soll laut der PFK ohne Einsparungen beim Personal und den nötigen Investitionen geschehen.

Zum wiederholten Male kritisiert die SP den von den bürgerlichen Parteien geforderte Selbstfinanzierungsgrad von 100% (das Finanzhaushaltsgesetz sieht einen Selbstfinanzierungsgrad von 80% vor). Es zeigt sich, dass dieser finanzpolitische Leitsatz für eine vernünftige Entwicklung hinderlich ist.

Die SP kommt in ihre Beurteilung von Voranschlag 2009 und IFAP 2009-2013 zu einem anderen Schluss als die PFK und beurteilt diesen weit kritischer in seinen Grundaussagen:

- Die vollzogenen Steuergesetzreform 2008 hat sich nachhaltig negativ auf den Finanzhaushalt des Kantons Luzern ausgewirkt. Dies lässt sich am fallenden Selbstfinanzierungsgrad erkennen. Die geplante Steuergesetzrevisi- on 2011 wird den kantonalen Finanzhaushalt nochmals mit 77 Millionen be- lasten.
- Das kantonale Investitionsvolumen erfährt eine wachstumshemmende Sen- kung. Der Kanton kann in Folge einer bürgerlichen Politik der leeren Staatskassen notwendige Investitionen nicht tätigen. Der Kanton wird nachhaltig geschwächt.
- Die dem Voranschlag 2009 zugrunde liegenden Finanzparameter sind zu optimistisch gewählt. Die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich geht für das Jahr von einem Wachstum von 0.3% aus (Annahme Kanton: 1.3%). Die Abkühlung des Wirtschaftswachstums wird sich ebenfalls negativ auf die Steuereinnahmen auswirken.

Finanzpolitische Aussichten:

Die SP stellt sich die Fragen nach möglichen Abstrichen im vorliegenden Vor- anschlag 2009:

- Wird zum wiederholten Male bei der dringend notwendigen Prämienverbillig- ung bei der obligatorischen Krankenversicherung gespart?

- Werden analog zum Sparpaket 05 weitere Stundenkürzungen in der Volksschule vorgenommen?
- Welche Staatsbeiträge und Neuinvestitionen müssen gestrichen werden?
- Welche Sparpakete/Verzichtsplanungen sind in den Folgejahren für einen ausgeglichenen Voranschlag nötig?

Weiter sieht die SP die finanzpolitische Entwicklung für die kommenden Jahre kritisch. Dies als Auswirkung der vergangenen Steuergesetzreform 08 und den möglichen Auswirkungen der Steuergesetzrevision 2011 für den Kanton aber auch für die Gemeinden. Die von der bürgerlichen Parteien forcierte Steuerpolitik zeigt deutlich auf, wie allfällige Mindereinnahmen kompensiert werden müssen: Durch Leistungsabbau!

Finanzpolitische Forderungen der SP Kanton Luzern:

- Die Steuergesetzrevision ist nicht per 2011 in Kraft zu setzen, sondern auf das Jahr 2013 zu verschieben.
- Der Selbstfinanzierungsgrad ist bis zu einem konsolidierten Wirtschaftswachstum von 1,5 % (reell) bei 90 % festzusetzen.
- Die Lohnsumme für die Angestellten ist um 4 Prozent anzuheben (inkl. Teuerung).
- Der Personenkreis für den Bezug von Prämienverbilligungen ist zu erweitern.
- Die 300-Frankengrenze für die Auszahlung der Prämienverbilligung ist per 1.1. 2009 aufzuheben gemäss Postulat Pardini.
- Die Planung der Doppelspur Rotsee ist unverzüglich aufzunehmen. Zur Vorfinanzierung ist der ÖV-Fonds gemäss Motion Pardini zu schaffen.

Fazit:

Die Botschaft 69 (IFAP 2009-2013) ist der Beweis einer verfehlten Finanzpolitik, die einseitig nur auf Steuersenkungen gesetzt hat, ohne ein klares volkswirtschaftliches Konzept für den Kanton Luzern vorzuweisen. Eine Steuersenkung an sich kann nicht ein Ziel sein, sondern sollte Teil einer politischen Strategie sein, mit dem Ziel die Wertschöpfung des Kantons Luzern zu verbessern bzw. zu steigern. Um dies zu erreichen ist ein Bündel von Massnahmen notwendig: bei der Raumplanung, beim ökologischen Umbau, für gute ÖV-Anbindungen, für die Vernetzung von Hochschule und Wirtschaft.

Der vorliegende Voranschlag und der IFAP zeigen eines deutlich: Die bürgerliche Finanzpolitik ist gescheitert und hat den Kanton Luzern nachhaltig geschwächt!

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen gerne zur Verfügung:

Kantonsrätin Felicitas Zopfi, Fraktionschefin Kantonsrat, 079 751 21 34

Kantonsrat Giorgio Pardini, Mitglied der PFK, 079 277 66 13

Pascal Ludin, Parteisekretär SP Kanton Luzern, 041 311 05 85 oder 079 458 25 57